

Kitzingen, 27. August 2019

Stellungnahme Notwohngebiet

Der Straßename „Egerländer Straße“ ist seit geraumer Zeit vielerorts negativ belegt, sodass wir von den FW-FBW Kitzingen eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und auch der Situation der dort betroffenen Menschen anvisieren.

Die genutzten Gebäude in der Egerländer Straße sind abgewirtschaftet und nicht mehr sanierungswürdig. Durch einen möglichen Abriss besteht die Chance, einhergehend mit einer gleichzeitigen Namensänderung der Straße und dem städtischen Neubau von Sozialwohnungen an gleicher Stelle, den Standort Siedlung Nord entsprechen positiv aufwerten zu können und gleichzeitig auch aktuellen Energie- und Umweltnormen gerecht zu werden.

Wir FW-FBW Kitzingen sprechen uns dabei klar gegen eine Vermarktung des freigeräumten Grundstückes an Privatinvestoren aus. Das Thema des immer teurer werdenden Wohnraums einhergehend mit zunehmender Altersarmut wird uns in naher Zukunft verstärkt beschäftigen. Mietpreisbremsen würden sich umgekehrt negativ auf Bauqualität und Angebot durch weniger Investoren auswirken.

Deshalb sehen wir es als kommunale Aufgabe der Stadt Kitzingen, unseren Bürgern, die größtenteils jahrelang im Berufsleben gestanden haben, für ihre Rentenphase bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. Gleiches gilt für Einzelpersonen und junge Familien, die im niedrigeren Lohnsegment tätig sind. Es wird für Mitbürger, die phasenweise nicht auf der Sonnenseite leben, immer schwieriger, in Zukunft einen privat bereitgestellten Wohnraum anzumieten, da dieser für sie nicht mehr finanzierbar sein wird. Sich aus eigener Kraft aus einer problematischen Situation herauszuarbeiten, wird perspektivisch zusätzlich erschwert: Der momentane

Bauboom, den wir nicht nur in unserer Stadt erleben und die dadurch bedingten Preissteigerungen sind in der Regel nur von mittleren Einkommensgruppen finanzierbar und werden durch private Investoren gut abgedeckt. Eine Vermietung an sozial schwache Mitbürger wird kaum möglich sein, da diese die hohen Erstellungskosten in Form von hohen Mieten und Kautionen nicht leisten können.

Wir setzen uns für eine Kompletterverlagerung des Notwohngebietes und eine städtebauliche Neukonzeption in diesem Bereich ein. Wir sprechen uns hiermit gegen einen Verkauf des Grundstückes an Privatinvestoren aus. Wir verweisen hierzu auch auf die Sondersitzung des Stadtrates am 05.11.2019, die eigens zur Schaffung von sozialem Wohnraum, einberufen wurde.

Gleichzeitig halten wir es aus sozialen Gesichtspunkten für dringend erforderlich, die zeitweilige Unterbringung von Obdachlosen von dauerhaften Mietverhältnissen für sozial Benachteiligte konsequent zu trennen. Für die Menschen, die in die für viele zumeist zur Einbahnstraße gewordene Obdachlosigkeit abgerutscht sind, muss an einem neuen Standort Unterbringungsmöglichkeit in Kombination mit einer begleitenden, dauerhaften und sozialen Betreuung unter professioneller Organisation erfahrener Sozialdienste stattfinden. Letzteres ermöglicht es, dass ein würdevolles Leben, Unterstützung bei Lebensfragen und sozial-psychologische Unterstützung verfügbar sind und wir dadurch dem Einen oder Anderen einen Weg aus seiner vermeintlich ausweglosen Situation eröffnen können. In Zeiten von Migration wird die Benachteiligung der sozial Schwachen intensiver empfunden, vergleicht man den Zugang zu Leistungen und Unterstützungsangeboten. Hier stehen wir für mehr soziale Gerechtigkeit an unseren Brennpunkten ein.

Der Brennpunktstandort für Wohnungslose könnte z.B. am angedachten Standort Mozartstr. oder auch im Gewerbegebiet entstehen. Für den Standort in der Mozartstr. spricht die Erreichbarkeit von Nahversorgern und Stadtgänge. Auch von

Seiten der Sozialbetreuung des Gebietes Galgenwasen wäre dieser Standort von großem Vorteil. Hier könnte man beiden zu betreuenden Personengruppen von einer zentralen Stelle aus Unterstützung bieten und durch kurze Wege und Angebote aus einer Hand effizient organisieren.

Zur baulichen Ausführung der Obdachlosenwohnungen ist nur übergangsweise eine Containerwohnraum-Lösung angebracht. Da uns das Thema Obdachlosigkeit auch in weiterer Zukunft beschäftigen wird, raten wir ausdrücklich dazu, einen einfachen, festen Baukörper der Containerlösung vorzuziehen.

Zur Sozialbetreuung freuen wir uns festzustellen, dass mit der Schaffung der Hausmeister- und den beiden Sozialarbeiterstellen in der Egerländerstraße sehr gute Erfolge erzielt werden konnten. So konnte u.a. der Vandalismus reduziert werden und die Sozialarbeit im sogenannten Notwohngebiet aufgenommen werden. Diese Arbeit muss zwingend nach der ersten Phase fortgeführt und ausgebaut werden. Hier ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Landratsamt notwendig.

Aus dem vorliegenden Konzept zur Neustrukturierung des Notwohngebietes entnehmen wir einige Punkte, denen wir Freie Wähler – FBW Kitzingen uns vollumfänglich anschließen können:

1. Die Gebäude in der Egerländer Straße sind abzureißen, da diese abgewohnt sind.
2. Die Stigmatisierung der Egerländer Straße ist zu beenden, deshalb ist der Straßename „Egerländer Straße“ zu ändern.
3. Die frei werdende Fläche soll von der Stadt Kitzingen mit entsprechenden Sozialwohnungen bebaut werden. Hierdurch wird die Wohnqualität der Siedlung „Nord“ positiv aufgewertet und auch dringend benötigter, sowie bezahlbarer Wohnraum für einen Teil unserer Bürger neu geschaffen.

4. Die derzeitigen Bewohner sind in den Galgenwasen oder anderen freien städtischen Wohnungen dezentral unterzubringen.
5. Für unsere Obdachlosen ist ein separater Baukörper mit der angedachten Sozialbetreuung zu errichten.

Prävention und soziale Betreuung sind wichtige Eckpfeiler der nachhaltigen Wohnraumversorgung und deshalb auch perspektivisch zwingend notwendig.

Lassen Sie uns das Arbeitspapier von Planwerk nicht in die Schublade legen. Es wurde sehr viel Zeit und Herzblut aus dem Arbeitskreis „Soziale Stadt“ in das Gesamtwerk eingebracht. Fahren wir fort und tun etwas für die Bürger unserer Stadt, die unsere Hilfe brauchen.

Für die FW-FBW Kitzingen e.V.

Dr. Uwe Pfeiffle
Fraktionsvorsitzender